



Volker Schnurrbusch zu den Forderungen von Wirtschaftsverbänden nach Staatshilfen:

## „Innenstädte brauchen eine bedarfsgerechte Verkehrs- und Infrastrukturpolitik“

Kiel, 3. September 2020 **Die wirtschaftlichen Folgen der Lockdown-Krise belasten nicht nur den Einzelhandel, sie verstärken auch die bestehenden Probleme in Innenstädten und Ortszentren. Nun fordern Wirtschaftsverbände den Staat auf, die Innenstädte mit Milliardenbeträgen vor der Verödung zu retten. Volker Schnurrbusch, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Was die Innenstädte nötiger brauchen als einen Staat, der mit Milliardensummen Immobilien aufkauft und selbst als Vermieter tätig wird, ist eine bedarfsgerechte Verkehrs- und Infrastrukturpolitik. Denn Innenstädte und Ortszentren zu beleben und ihre Attraktivität zu steigern, kann nur insofern Aufgabe der Kommunen sein, als dass die Straßen und Wege sauber, sicher und in einem guten Zustand sind und dass die bauliche Gestaltung des öffentlichen Raumes einladend wirkt. Dazu gehört auch die bedarfsgerechte Verkehrsanbindung und gute Parkmöglichkeiten. Was Wirtschaftsbüros in kommunaler Trägerschaft leisten können, ist, dass sie dort, wo es keine wirksamen örtlichen Gewerbevereine gibt, Existenzgründer unterstützen, Leerstand managen und Flächen vermitteln.“

Doch die verödenen Innenstädte kranken häufig daran, dass Vermieter und Gewerbetreibende eben kein gemeinsames Konzept verfolgen und die Verantwortung auf die Kommunen abwälzen. Denn dort, wo solche Konzepte professionell verfolgt werden, ist der Einzelhandel oft erstaunlich erfolgreich – ganz ohne staatliche Rettungsschirme.“

### Weitere Informationen:

- **SHZ-Artikel** „Jedes dritte Geschäft vor der Pleite“ vom 3. September 2020:

<https://www.shz.de/regionales/schleswig-holstein/wirtschaft/einzelhandel-in-der-krise-jedes-dritte-geschaeft-vor-der-pleite-id29478122.html>